

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Die Europa-Planung und Deutschland: Internationale Gespräche um den Plevan-Plan

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1950) : Die Europa-Planung und Deutschland: Internationale Gespräche um den Plevan-Plan, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 30, Iss. 11, pp. 3-5

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131205>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Europaplanung und Deutschland

Internationale Gespräche um den Pleven-Plan

Französische Erläuterungen

Paris, den 10. Nov.

Nach offizieller französischer Ansicht besteht keine Berechtigung zu der Annahme, Frankreich habe die Absicht, den Schumanplan mit der deutschen Wiederaufrüstung zu verkoppeln und damit eine rein wirtschaftliche Angelegenheit der Annahme politischer und strategischer Forderungen unterzuordnen. Es wird in diesen Kreisen nach wie vor sehr eindeutig zwischen Schumanplan und Wiederaufrüstung unterschieden, d. h. man wünscht die Verwirklichung der Montanunion, unabhängig von jeder deutschen Beteiligung an der westlichen Verteidigung, und hat nie daran gedacht, in der deutschen Annahme der französischen Militärvorschläge irgendwie eine Voraussetzung für die französische Ratifizierung des Schumanplanvertrages zu sehen.

Wachsendes Mißtrauen

In Anbetracht eines wachsenden Mißtrauens in fast allen politischen Kreisen, von den Sozialisten bis zur äußersten Rechten, möchte man jedoch von Deutschland greifbare Beweise für den tatsächlich vorhandenen Willen zur europäischen Zusammenarbeit erhalten. Die Annahme des Schumanplanes gilt in diesem Zusammenhang gewissermaßen als europäischer Test. Die französischen Befürchtungen gehen übrigens noch etwas weiter und betreffen vor allen Dingen die psychologischen Folgen einer deutschen Remilitarisierung. Man erwartet in diesem Zusammenhang eine Stärkung des deutschen Nationalgefühles sowie des Dranges nach vollständiger Unabhängigkeit unter Wahrung sämtlicher Souveränitätsrechte, und dies in einer Zeit, wo wenigstens ein Teil der öffentlichen Meinung des eigenen

Landes bereit ist, auf gewisse Souveränitätsrechte zu Gunsten der europäischen Gemeinschaft zu verzichten. Der Schumanplan gilt als wirkungsvolle Offensive gegen den Begriff der nationalen Souveränität und für die europäische Gemeinschaft. Bevor man Deutschland wieder Waffen geben will, möchte man es durch Billigung der Montanindustrie einwandfrei auf die europäische Linie festlegen. Die französischen Politiker versichern, bei der von Ministerpräsident Pleven vorgenommenen Verketzung zwischen Schumanplan und Wiederaufrüstung handele es sich keineswegs um einen politischen Erpressungsversuch zu Gunsten des Schumanplanes, sondern lediglich um den klaren Wunsch, die Montanunion vor der deutschen Wiederaufrüstung verwirklicht zu sehen, weil man ernste Bedenken hat, daß Deutschland nach Wiederherstellung seiner Wehrhoheit nicht mehr bereit sein könnte, unter den Montanunionsvertrag seine Unterschrift zu setzen.

Konkurrenzangst

Diese Gedanken findet man, was nochmals unterstrichen werden muß, in allen politischen Lagern. Sie stehen in Zusammenhang mit einer mehr oder weniger vorsichtig oder rücksichtslos zum Ausdruck gebrachten Mißbilligung der jüngsten politischen Entwicklung in Deutschland. Wirtschaftliche Erwägungen spielen dabei selbstverständlich auch eine Rolle, nicht zuletzt der aufstrebende deutsche Export. Die damit zusammenhängende Konkurrenzangst steht übrigens zwangsläufig im Widerspruch zu den politischen Erwägungen über die deutsche Wiederaufrüstung. Rein wirtschaftlich gesehen erscheint nämlich ein et-

waiger deutscher Ausschluß von der westlichen Verteidigung als wenig zweckentsprechend, denn Deutschland wäre dann das einzige Land, das restlos von der internationalen Rüstungskonjunktur profitieren könnte und in größeren Mengen zivile Verbrauchsgüter auf dem Weltmarkt absetzen würde. Unabhängig von diesen offiziellen Ansichten der politischen Kreise Frankreichs muß festgestellt werden, daß der Schumanplan von Anfang an mit der deutschen Wiederaufrüstung in Verbindung stand. Es ist kein Zufall, wenn Montanunion und europäische Armee den gleichen Urheber haben, nämlich Jean Monnet. Nach zuverlässigen Informationen handelt es sich bei dem von Ministerpräsident Pleven veröffentlichten Armeepan um einen mehrere Monate alten Vorschlag Monnets. Andererseits ergriff die französische Regierung die Schumanplaninitiative in einem Augenblick, in dem die Frage der deutschen Wiederaufrüstung bereits aktuell war.

Stahl ist Macht

Wenn der Schumanplan auch von Frankreich zweifellos weitgehend als positiver Beitrag zur Überwindung des deutsch-französischen Gegensatzes und zur Schaffung einer gesamteuropäischen Gemeinschaft gedacht wurde, stand jedoch gleichzeitig im Hintergrund der Wunsch, über die Montanunion die deutsche Stahlerzeugung, übrigens zusammen mit der französischen, einer europäischen Kontrolle zu unterstellen und damit innerhalb der französischen Öffentlichkeit den gefährlichen Mythos des Stahls zu neutralisieren. Für zahlreiche französische Politiker ist der Stahl nach wie vor Ausdruck der Macht. Jede Erhöhung der deutschen Stahlquote mußte zu einer Steigerung der französischen Beunruhi-

gung führen. Der Schumanplan sollte die chronische Angst beseitigen und gleichzeitig Frankreich im Rahmen des Möglichen die Gewißheit geben, daß selbst während einer Rüstungskonjunktur die deutsche Stahlerzeugung die französische nicht übersteigt. Schließlich

Schweizer Reserve

Zürich, den 8. Nov.

Zur Veranschaulichung, welche Aufmerksamkeit den deutsch-französischen Problemen als Kernstück der europäischen Fragen und der Zukunft dieses Kontinents in der Schweiz allgemein und besonders in ihren führenden Wirtschaftskreisen geschenkt wird, darf der Wochenbericht eines renommierten Zürcher Privatbankhauses (vom 21.—27. Oktober) herangezogen werden, der die „deutsche Frage“ unter der bezeichnenden Überschrift „Quo vadis Germania?“ zum ausschließlichen Gegenstande seiner Informationsbeilage machte.

Vorrang des eigenen Interesses?

In diesem Zusammenhang ist zu bedenken, daß dem Kleinstaat an sich (und im Falle der Schweiz ist dies noch geschichtlich aus jahrhundertelangen Unabhängigkeitskämpfen erwachsen) ein natürliches Mißbehagen, gewisse Vorbehalte oder auch nur eine stille Reserve gegenüber dem Großstaat innewohnen. So hat der Schuman-Plan durchaus keine uneingeschränkte Zustimmung oder etwa gar Begeisterung in der Schweizer Öffentlichkeit gefunden; ganz abgesehen davon, daß er in Gewerkschafts- und bestimmten Parteikreisen mindestens sehr kritisch angesehen wird und weiten — nicht nur bäuerlichen — Volksschichten überhaupt nur gerade dem Namen nach bekannt ist. Die Zurückhaltung und die Kritik zum Schuman-Plan beschränkt sich nicht auf die erwähnten Kreise. In Schweizer Handels-, Bank- und Industriellenkreisen ist beispielsweise die Auffassung verbreitet, daß M. Schumans Plan zur Überwindung der durch die Unfähigkeit und das Versagen der führenden Wirtschaftler verursachten Schwierigkeiten vor allem auf Frankreichs und nur zum allergeringsten auf Europas Interessen abgestellt ist.

dachten die Urheber des Planes auch an die auf die Dauer nicht zu vermeidende deutsche Remilitarisierung und sahen daher von Anfang an in der Montanunion ein für die französische Sicherheit nicht zu unterschätzendes Gegengewicht.

(f)

Zerschlagene Werte

Die Antikartellgesetzgebung und -politik der USA-Besatzungsmacht haben nach schweizerischen Auffassungen in Deutschland blindlings auch zerschlagen, was für die Regelung der westeuropäischen Kohlen-, Eisen- und Stahlwirtschaft von allgemeuropäischem Wert und ein wesentlicher Stabilitätsfaktor nicht nur der kontinentalen Industriewirtschaften war. Dieses Gebilde und seine Organe wiederherzustellen oder Neuordnungen an dieses anzulehnen, könnte sinnvoller erscheinen und schnellere Erfolge zeitigen, als allein schon die Auseinandersetzungen um den Schuman'schen Ausgleichsfonds mit all seinen Interessenvorbehalten verhindern. In seiner ganzen Konzeption mußte der Schuman-Plan für die rheinisch-westfälischen Industriellen ein Objekt zum Aushandeln werden, die darin eine große Chance erblicken mußten. Die Zurückhaltung Großbritanniens und Schwedens gegenüber dem Schuman-Plan und die Forderung vor allem des Deutschen Gewerkschaftsbundes auf echte Einflußnahme zur Wahrung der von ihm vertretenen Interessen wird in der Schweiz weitgehend verstanden und durchaus gebilligt.

Unglückliche Verkoppelung

Die Verknüpfung dieses Plan-komplexes rein wirtschaftlicher Natur mit den Verteidigungsfragen Europas überhaupt und dem Plevan-Plan im besonderen wird in der Schweiz ganz allgemein als unglücklich und weder der einen noch der anderen Sache dienlich beurteilt. Daß Frankreich seinen „Angstkomplex“ hat und von ihm nicht loskommen kann, wird bedauert und für die notwendigen Verteidigungsvorbereitungen Europas als schädlich angesehen, aber angesichts der Kriegserfahrungen mit dem deutschen Kaiser- und

Hitlerreich durchaus verstanden. Für den Schweizer steht es fest, daß die Politik des westdeutschen Bundeskanzlers auf eine Remilitarisierung hinausläuft. Dr. Schumacher, der Oppositionsführer, hat den von den Amerikanern geforderten Verteidigungsbeitrag für Europa zu einer innenpolitischen Handelsware gegenüber einer sogenannten Diskriminierung des deutschen Volkes allgemein und des deutschen Soldaten im besondern gemacht. Der plötzliche Pazifismus Pastor Niemöllers und weiter deutscher Volkskreise erscheint im Hinblick auf die Vergangenheit überraschend — und man hat Mühe, an die Aufrichtigkeit, Ernsthaftigkeit und vor allem Dauerhaftigkeit der jetzt so häufigen pazifistischen Bekundungen zu glauben.

Eidgenössische Neutralität

Frankreichs Mißbehagen wird durch den Plevan-Plan eher offenbart als verschleiert. Das französische Volk in allen seinen Schichten weiß genau, daß es einer östlichen Aggression nicht gewachsen ist, und steht zudem unter der Zwangsvorstellung, daß Westdeutschland für die westlichen Demokratien noch nicht fest gewonnen ist und vielleicht doch noch den Sirenenklängen des Ostens erliegen könnte. Der Schweiz ist das Versagen Frankreichs schon einmal teuer zu stehen gekommen; es hat sie an den Rand des nationalen Abgrunds gebracht. Deutschlands Einbeziehung in das europäische Verteidigungssystem erweckt auch in der Schweiz Bedenken und sorgenvolle Empfindungen, doch keinerlei Furcht oder Ängste, um das deutlich zu sagen. Die Neutralität der Eidgenossenschaft verbietet eine Stellungnahme oder gar Festlegung gegenüber den europäischen Sicherheits- oder Verteidigungsfragen und schließt jedwede Paktorientierungen gänzlich aus. Dennoch ist die Eidgenossenschaft gegenüber den Verhältnissen und Ereignissen jenseits ihrer Landesgrenzen nicht gleichgültig und durch geschichtliches Herkommen der europäischen Zivilisation und den westlichen Demokratien unlöslich verbunden.

Zur Sicherheit und für die Verteidigung Europas gegen jedweden vermeintlichen Angreifer sind nach einmütiger schweizerischer Auffassung Voraussetzungen: ein demokratisch gefestigtes, grundsätzlich friedenswilliges, in diesem Sinne geeintes und nicht von Weltmachtseinflüssen und -eingriffen zerrissenes Deutschland; eine deutsch-französische Verständigung durch Überwindung des Mißtrauens des französischen Volkes und schließlich auch ein effektiver Beitrag Westdeutschlands zur gemeinsamen Abwehr gefährlicher Bedrohungen und zur Verhütung eines Konflikts, der den Kontinent verschlingen könnte... (Zi.)

Sollte man nicht darüber sprechen?

Das Verdienst Deutschlands an der Erhaltung der europäischen Kultur, an der Entwicklung der europäischen Wirtschaft und an der Verteidigung des europäischen Raumes über die Jahrhunderte europäischer Geschichte hinweg sollte unbestritten sein. Diese Anerkennung sollte auch nicht getrübt werden durch die Ereignisse der jüngsten Geschichte, über die das Urteil heute noch nicht gesprochen werden kann. Die Beurteilung von Schuldfragen wandelt sich oft sehr schnell. Politisches Handeln erwächst stets aus einer Reihe von Zwangsläufigkeiten, deren Kette nicht abzusehen ist. Wenn politische Fehler von einer Seite eingestanden werden, so wird die andere Seite dadurch noch nicht entlastet. Die Gleichgewichtspolitik in Europa, die lange Zeit als der Weisheit letzter Schluß galt, hat durch die Förderung des Nationalstaatensystems der wirtschaftlichen und politischen Einigung Europas schwer geschadet. Heute liegt die Herstellung eines weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Gleichgewichts im Interesse des Westens wie des Ostens. Denn nur so kann ein Konflikt vermieden werden, der die absolute Vernichtung bedeutet. Dieses Gleichgewicht fordert ein starkes und geeintes Europa. Man sollte nicht an der Bereitwilligkeit der Deutschen zweifeln, alle Kräfte für die Erhaltung der europäischen Kultur, der europäischen Wirtschaft und der Verteidigung des europäischen Raumes einzusetzen, wenn auch die realpolitische Beurteilung in weiten Kreisen Deutschlands heute eine andere ist als in Frankreich, England und Amerika.

Da die Deutschen auf Jahre hinaus nicht in der Lage sein werden, einen nennenswerten Beitrag zur politischen Sicherung des europäischen Raumes zu liefern, hat es keinen Sinn, sich über diese Frage in internationalen und innerpolitischen Auseinandersetzungen aufzureiben. Es ist erfreulich, daß man in England einzusehen beginnt, daß es für uns gute Gründe gibt, in dieser Frage Zurückhaltung zu üben und die weite Kreise in Deutschland bestimmen mögen, Europa nicht an der Elbe verteidigen zu wollen. Diese Zurückhaltung liegt nicht an einem Mangel an Mut, nicht an einem deplazierten Defaitismus, den man uns heute plötzlich vorwirft, und nicht an einem Zweifel an der europäischen Kultur und am europäischen Gesellschaftsideal. Es ist allzu töricht, durch publizistische Auseinandersetzungen über Verteidigungsfragen die eigene Schwäche bloßzustellen. Aber nicht nur in dieser Hinsicht ist die französische Konzeption gefährlich. Der westdeutsche Raum ist heute bereits wieder in der Lage, einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung Europas auf dem Gebiete der Wirtschaft und der Kultur zu leisten. Wenn alle Schranken beseitigt werden, die die wirtschaftliche Entfaltung des westdeutschen Raumes behindern, insbesondere aber kleinliche Bedenken vor einer neuentstehenden deutschen Konkurrenz, die in einem Europa sowieso gegenstandslos geworden sind, fallen gelassen werden, wird der Verteidigung Europas ein besserer Dienst geleistet sein als durch alle Diskussionen über die Aufstellung deutscher Kontingente in einer europäischen Armee, die noch gar nicht besteht. (sk)

Englische Bedenken

London, den 11. Nov.

Selten in der Nachkriegszeit sind die offiziellen britischen Außenpolitiker so nachhaltig ärgerlich über die französische Politik gewesen wie nach Bekanntwerden des sogenannten Plevén-Plans. Die Bekanntgabe des Schuman-Plans im Mai, am Vorabend der Londoner Außenministerkonferenz, wurde zwar als eine „persönliche Unfreundlichkeit“ gegen den englischen Gastgeber Ernest Bevin empfunden. Seitdem hat man jedoch in London erkannt, daß der Schuman-Plan zwar für England nach wie vor nicht akzeptabel ist,

daß er jedoch für Kontinental-Europa die langersehnte Gelegenheit bietet, die jahrhundertalte Fehde zwischen Deutschland und Frankreich aus der Welt zu schaffen und damit die Ära einer vertrauensvollen europäischen Zusammenarbeit zu eröffnen. Beim Plevén-Plan für eine Europa-Armee, in der die Nationen jeweils nur in Bataillons-Stärke vertreten sein sollen, hat man jedoch im Foreign Office den Eindruck gewonnen, daß die französische Regierung „mit ihren sich auf die nächsten zwanzig oder dreißig Jahre erstreckenden Befürchtungen die effektiven Verteidigungsvorbereitungen des Westens gegen den Osten für die nächsten zwei bis drei Jahre erheblich aufgehalten und vielleicht entscheidend gestört hat“.

Erst die Atlantik-Armee

Erst einmal eine Atlantik-Armee, in der die europäischen Völker alle verfügbaren Truppen zusammenfassen und in der nordamerikanische Verbände die Schlagkraft für die allernächste Zukunft garantieren, bis die Aufrüstung Europas einige Fortschritte gemacht hat; dann eine Europa-Armee, die sich das langfristige Ziel setzt, vereint unter Überwindung der nationalen Gegensätze schlagfertig zu sein, die zugleich der europäischen Verständigung von Mensch zu Mensch, von Soldat zu Soldat dient. Das sind in englischen Augen ganz getrennte Zielsetzungen, die erste kurzfristig, die zweite sehr langfristig. Jede Vermischung dieser beiden Zielsetzungen, jeder Versuch, die Europa-Armee im Sinne des Plevén-Plans zu erzwingen, wird von den Engländern verurteilt, sobald sie dazu führen, den Aufbau der Atlantik-Streitkraft zu stören oder auch nur zu verzögern. Jeder Versuch, die notwendige europäische Verteidigungs-Einheit als Erpressung zur Beschleunigung der Schuman-Plan-Unterzeichnung durch Deutschland oder sonst in irgendeiner Weise zu mißbrauchen, findet ähnlich scharfe Kritik in England.

Einschwenken Frankreichs

Einflußreiche Kreise in England glauben jedoch, aus ihren Informationen über die öffentliche Mei-

nung in Frankreich heraus einige Hoffnungen für die weitere Entwicklung des Verteidigungs-Problems schöpfen zu können. Sie weisen darauf hin, daß die Öffentlichkeit in Frankreich zu einer realistischeren Beurteilung der gesamten Europa-Probleme einzuschwenken beginne und daß nur die offizielle französische Politik noch ein wenig warte, bis sie von dieser gewandelten öffentlichen Meinung das eindeutige Mandat erhalte, für eine europäische Einheit mit einem gleichberechtigten Deutschland als wichtigem Partner zu arbeiten. Diese Entwicklung erwartet man in London bereits im Laufe weniger Wochen. Und wenn man auch in England keinen Hehl daraus macht, daß die europäische Verteidigung in eindrucksvoller Form spätestens im Sommer 1952 „stehen“ muß, daher also jede Verzögerung fatal sein kann, so hofft man doch, die internen Vorarbeiten für diese Atlantik-Streitkraft bereits vorantreiben zu können, während man für die Bekanntgabe der Spitzenorganisation unter dem Oberbefehl von General Eisenhower noch auf das grüne Licht in Paris wartet.

Würdigung deutscher Bedenken

Auch die deutschen Bedenken gegen eine neue Aufrüstung überhaupt und gegen eine mangelnde deutsche Gleichberechtigung im europäischen Rahmen weiß man in England zu würdigen. Man ist sogar geneigt, diese deutschen Bedenken positiv anzurechnen als ein Zeichen dafür, daß den Deutschen der Widersinn eines aggressiven Nationalismus in einer freien Welt aufgegangen ist. Doch das hindert nicht, daß der Engländer eine Einstellung als „weltfremd“ ablehnt, die auf ein Feuer im Nachbarhaus mit der Meinung reagiert „Ich mag das Feuer nicht leiden!“ und sich daraufhin weigert, ein Übergreifen des Brandes auf das eigene Haus zu verhindern. Gerade die Engländer, die sich lange gesträubt haben, den Ernst des kalten Krieges sich selbst und anderen einzugestehen und entsprechende Gegenmaßnahmen zu treffen, verstehen die gegenwärtige Verwirrung der Gemüter in Deutschland. Sie sehen auch, was von außen her geschehen muß, um die Deutschen

im freien Westen für die Übernahme der Verteidigungsmaßnahmen zu gewinnen, die ihnen nun einmal unter den gegebenen Verhältnissen nicht erspart bleiben können.

Gefühl der Sicherheit

In einer sehr würdigen, tief-schürfenden und eindringlichen Studie einer Gruppe von Sachverständigen des britischen Royal Institute for International Affairs (Chatham House) unter dem Titel „Defence in the Cold War“ werden die beiden Antworten gegeben: *In der Vorbereitungsperiode (für eine dauerhaft starke westeuropäische Verteidigung von 50—55 Divisionen mit entsprechender Luftstreitkraft von 3—5000*

Flugzeugen der ersten Linie) muß die Verteidigung Deutschlands (Elbe-Linie) genügend gestärkt und die Begeisterung und Loyalität der Deutschen für die Sache des freien Westens geweckt werden. Das erste muß Aufgabe amerikanischer und anderer Truppen in Deutschland, das zweite Aufgabe einer Behandlung Deutschlands als ebenbürtig und gleichberechtigt sein.

„Was die Franzosen fordern, das fordern die Deutschen auch“, heißt es in dieser höchst lesenswerten Studie; diese Forderung aber ist nichts anderes als das Gefühl einer Sicherheit, die ausreicht, um Kontinentaleuropa zu verteidigen — nicht nur, um es irgendwann einmal zurückzuerobern. (—w—)

Korrekte Beziehungen

Konstruktiver Vorschlag für den Aufbau des Ost-West-Handels

Der Vorschlag des Brückenbaus (im Oktoberheft) zur Normalisierung des deutschen Osthandels ist leicht Mißdeutungen ausgesetzt, weil dieses Bild schon seit Jahren von den Politikern beschlagnahmt ist für den Versuch des ideologischen und politischen Ausgleichs zwischen Ost und West. Diese Versuche waren entweder erfolglos oder endeten bei „fellow-travellers“ (getarnte Anhänger der Kommunisten).

Was können wir zur Steigerung des Osthandels tun?

Die politischen Ost-West-Spannungen kann Deutschland nicht überbrücken. (Wir hätten nicht soviel Stahl, um eine solche Brücke zu bauen.) Wir können nur den Versuch der korrekten Wiedereingasetzung wirtschaftlicher Beziehungen zu Rußland, China und den Satelliten machen unter Umgehung der politischen Schwierigkeiten, die sich aus der Nichtanerkennung der Bundesrepublik seitens der Oststaaten und aus unserer außenpolitischen Unselbständigkeit ergeben; wobei noch die Frage offen bleibt, ob die Bundesrepublik, hätte sie die rechtliche Möglichkeit, alle Ostblockstaaten anerkennen würde. Durch die Gründung einer staatlich konzessionierten deutschen „Treuhandstelle für den Osthandel“ z. B. könnten mit entsprechenden Gesellschaften der anderen Seite Handelsvereinbarungen getroffen werden. Diese Verein-

barungen müßten auf dem Grundsatz gegenseitiger faktischer Gleichberechtigung in den Handelsbeziehungen und eventuellen Handelsvorrechten beruhen (z. B. Abnahme- und Zahlungs-Bedingungen, Niederlassungsrecht und Schiedsrecht). Eine solche Treuhandstelle müßte von deutscher Seite auch das Alleinrecht der Abwicklung aller Geschäfte nach diesen Gebieten haben und sie nach den deutschen staatlichen Wirtschaftsrichtlinien durchführen. Die private deutsche Wirtschaftsinitiative muß an der Grenze zum Osten Halt machen und sich der Treuhandgesellschaft bedienen, weil in den Ostblockstaaten ausschließlich staatliche Außenhandelsmonopole bestehen, denen der private Geschäftsmann des Westens auf die Dauer unterliegt, wenn er nicht mit ebensolcher Methode vom Westen gestützt wird.

Zu diesen Schwierigkeiten ist in letzter Zeit noch die der „Vorbehaltslisten zur Verhinderung der Lieferung strategischen Materials an den Osten“ gekommen. Selbst mit dieser Einschränkung ist der mögliche Handel noch so bedeutend, daß die anderen westlichen Länder, die sich bis jetzt offenbar verschieden streng an diese Richtlinien halten, alle Anstrengungen machen, um am Osthandel teilzuhaben. Ob dieser Weg gangbar ist? Die Größe des Objekts lohnt den Versuch. (H. K.)